

junktur-Landschaft. Die Techniker von Daimler-Benz, denen die gegenwärtig produzierten Mercedes-Typen klein genug sind, schieben daher die Vorstellung ihrer neuen Repräsentations-Limousine MB 450 SEL mit 6,9-Liter-Achtzylindermotor hinaus bis zu einem Termin „irgendwann im Sommer“, wie Entwicklungs-Chef Hans Scherenberg erläuterte. Denn: „Da geben wir natürlich keinen Druck drauf.“

Ford in Köln hingegen konnte sich mit Rücksicht auf die Beschäftigungslage der zahlreichen Zulieferbetriebe keine Verzögerung seines Capri-Nachfolgers leisten. Der unter hohem Aufwand entwickelte neue, sportliche Familienwagen — nun mit Heckklappe und Granada-Hinterachse — soll, wie vorgesehen, im Februar vorgestellt werden. Die geplante große Premieren-Party jedoch fällt aus: „In einer Zeit, in der Arbeitsplätze gefährdet sind“, teilte Ford mit, „läßt sich die Präsentation eines neuen Autos nicht mehr unbeschwert feiern.“

UNTERNEHMEN

Anschluß für Oetker

Lüneburgs Stadtväter fühlen sich vom Oetker-Konzern betrogen und wollen sich an der Pudding-Firma schadlos halten.

Wir haben Oetker ernst genommen“, gesteht Lüneburgs Oberstadtdirektor Hans Heinrich Stelljes voller Reue. Und sein Vize, Stadtdirektor Friedrich Heine, sorgt sich um die Folgen städtischer Hochschätzung für den Millionär: „Unser Problem ist, wie wir vor unseren politischen Körperschaften aus der Scheiße wieder herauskommen.“

Denn denen muß erläutert werden, warum es auf 18 Hektar der Lüner und Vestorfer Heide so öd wie je geblieben ist. Dort, auf dem einst städtischen Grund, blüht noch immer allein die Erika. Wäre auf Oetker Verlaß gewesen, dann hätte der Bielefelder Gemischtwaren-Konzern dort Fabriken für Eiscreme, Gefrier Gemüse und tiefgekühlte Fertiggerichte gebaut.

Lüneburg liegt im Zonenrandgebiet, wo immer schon Industrie-Ansiedlungen mit Staatsgeldern gefördert werden. Deshalb hatte sich vor Oetker bereits die Hamburger Beiersdorf AG für ein Industrie-Grundstück interessiert. Doch der Hamburger Senat konnte die steuerträchtigen Nivea-Fabrikanten überreden, auch ihr viertes Werk im Stadtstaat zu errichten.

Dabei hatten sich die Heidjer nur Vorteile von ihrem Handel versprochen, als das niedersächsische Wirtschaftsministerium den Bielefelder Konzern als Interessenten für das anscheinliche Areal präsentierte. Die Aus-

sicht auf etwa 1000 Arbeitsplätze, auf den Gemeinde-Anteil an Lohn- und Einkommensteuern und — vor allem — auf die Gewerbesteuern, die das projektierte Industrie-Objekt von 250 Millionen Mark der verschuldeten Stadt abwerfen würde, veranlaßte die Lüneburger Stadtväter zu äußerster Kulanz.



Konzern-Herr Oetker
Versprechen gebrochen

Oetker bekam das Grundstück für nur vier Mark pro Quadratmeter angeboten, ein Preis, den Ekkehard Kaum von der zuvor interessierten Beiersdorf AG für „sensationell niedrig“ hält. Im Juli 1970 war der Vertrag zwischen Stadt und Konzern perfekt. Die „Dr. Oetker Tiefkühlkost GmbH“ verpflichtete sich, bis zum 31. Dezember 1973 einhunderttausend Kubikmeter umbauten Raums als Fabrikationsbetrieb fertigzustellen — so jedenfalls lesen Heine und sein Chef Stelljes heute aus dem Grundstücksvertrag.

Neben dem an Oetker verkauften, 180 000 Quadratmeter großen Heide-land ging es zügig voran. In nur einem Jahr zog die Edeka Lagerhallen und Verwaltungsgebäude hoch. Zwei Großschlachtereien und eine Fleischwarenfabrik, auch ein Hersteller von Magnetkeramik bauten termingerecht aufs Heide-land. Bei der Erschließung des neuen Gewerbegebietes hatte die Stadt Lüneburg sorgsam die Bedürfnisse ihres neuen Arbeitgebers Oetker bedacht. Lüneburgs freidemokratischer Stadtrat Wolfgang Hartwig: „Die von der Stadt gebaute Bahn führt überwiegend am Oetker-Grundstück entlang; die wollten dort einen Gleisanschluß für Oetker machen.“

Zwar ist an Wasser- und Abwasserrohren „kein Meter zuviel“ (Stelljes) verlegt worden — sie werden auch von den Anrainern benutzt —, aber der Leitungsquerschnitt wurde auf Oetker zugeschnitten. Damit Eiscreme mit Wasser produziert, mit Wasser Gemüse gewaschen würde, investierte die Kommune großzügig knappe Steuergelder in über-

dimensionierte Infrastruktur. Denn das wichtigste Produkt der Heide-Bauern — die deutsche Kartoffel — ließ sich immer schlechter verkaufen.

Um so mehr erwärmten sich die Landwirte in Lüneburgs Umgebung an dem Gedanken, künftig Fleisch und Milch, Erbsen und Spinat von den Bielefeldern tiefgefrostet zu lassen. Im Lüneburger Hotel „Kasino“ — kurz nach Abschluß des Vertrags — ging ein Oetker-Mann mit den Bauern bis ins letzte Detail. Eine Erzeuger-Gemeinschaft wurde geplant: Denn „das Ding“ — so Klaus Stühr, im Wirtschaftsministerium zu Hannover für Industrie-Ansiedlungen zuständig und ehemals Vermittler zwischen dem Oetker-Konzern und der Stadt — „war voll durchgeplant“.

Deshalb auch sind die Bauern auf den Vertragspartner Lüneburgs schlecht zu sprechen. Kreislandwirt und CDU-MdL Hans-Jürgen Fuhrhop: „Wir haben gerade von der Firma Oetker nicht erwartet, daß sie uns im Stich lassen und unser Vertrauen so mißbrauchen würde.“ Genau so sehen es heute auch die Stadtväter, die sich von Oetker immer wieder hatten vertrösten lassen — freilich allzu bereitwillig, weil auch das städtische Parlament vor dem Konzern kuschte.

Im Stadtrat nämlich hatte ein Machtwechsel stattgefunden: Die schwarzrote Koalition, unter deren Herrschaft der Oetker-Vertrag zustande gekommen war, hatte nach den letzten Kommunalwahlen einer sozial-liberalen Regierung Platz machen müssen. Die neue CDU-Opposition (18 Ratsherren) blieb entsprechend schweigsam, und auch die nur mit zwei Mann — gegenüber 23 Sozialdemokraten — mitregierenden FDP-Ratsherren wollten nicht durch



Oetker-Kritiker Stelljes
So öd wie je

vorlauten Protest „Oetker verprellen“, sich so „den Schwarzen Peter nicht zugeschoben lassen“ (FDP-Ratsherr Hartwig).

Nach Ablauf des Vertrages Ende dieses Jahres jedoch wollen Lüneburgs Stadtväter den Konflikt wagen. Weil Oetkers Land dreieinhalb Jahre brach lag, fordern sie den früheren Besitz gegen Rücküberweisung der Kaufsumme zurück. Zinsen mögen sie nicht zahlen. Überdies wollen sie Schadenersatz verlangen, weil die Oetkers ihr Versprechen brachen, runde tausend Arbeitsplätze anzubieten.

Der Konzern dagegen beruft sich auf die Marktlage und die Investitionssteuer — obwohl diese Abgabe erst seit wenigen Monaten erhoben wird. Was die Lüneburger buchstabengetreu als Verpflichtung ansehen, gilt den Bielefeldern nichts: Man habe damals eine Art Absichtserklärung abgegeben, die zu nichts verpflichtete.

Genauer definiert Theodor Heiss, Geschäftsführer der „Dr. Oetker Tiefkühlkost GmbH“ die firmeneigene Interessentlage: „Ich bin Geschäftsmann, kein Kaplan.“

KERNKRAFT

Groß im Rennen

Die Elektro-Unternehmen Siemens und AEG fusionierten ihren Reaktorbau. Vom Bundeskartellamt wurde die vereinigte Atommacht der Konzerne rasch gutgeheißen.

Deutschlands größte Elektro-Unternehmen gründeten ein Monopol, und das Bundeskartellamt schickte noch „freundliche Grüße“ dazu.

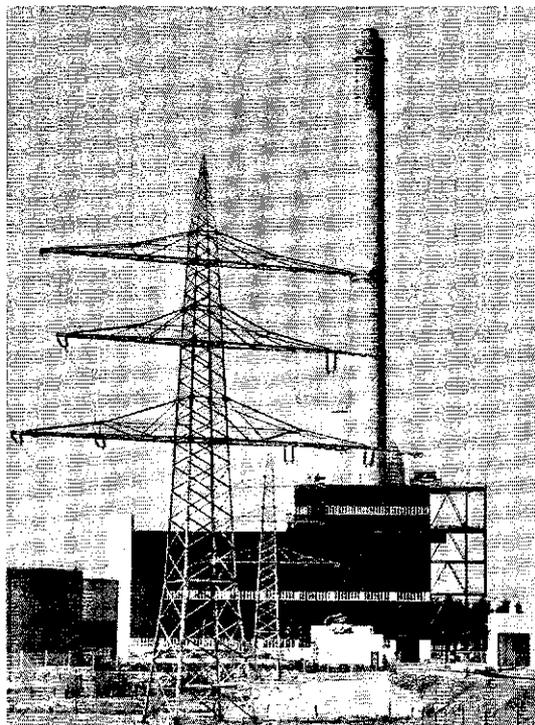
Ende vergangener Woche bekamen Siemens-Chef Bernhard Plettner und AEG-General Hans Groebe vom Berliner Bundeskartellamt einen Brief, in dem die Behörde ihr Einverständnis mit den Plänen der beiden Gesellschaften erklärte, Produktions- und Forschungsstätten für den Bau von Kernkraftwerken zusammenzulegen.

Siemens und AEG, Nummer eins und Nummer zwei in der westdeutschen Elektro-Branche, wollen ihre Nuklear-Abteilungen in die gemeinsame Tochtergesellschaft Kraftwerk Union (KWU) in Mülheim einbringen. Mit fast 12 000, zum großen Teil akademisch ausgebildeten Mitarbeitern und einem für die nächsten Jahre erwarteten Umsatz von drei Milliarden Mark ist die 1969 gegründete Union nunmehr einsame Herrscherin auf dem Markt der westdeutschen Nuklear-Technik.

Das neue Atom-Kartell verdankt seine eilige Genehmigung (drei Monate nach Eingang des Antrags) nicht etwa energiepolitischem Krisenbewußtsein der Beamten, sondern der juristischen Vorsorge der Konzerne. Bei der Gründung der KWU hatten die Großaktio-

näre AEG und Siemens zunächst nur beabsichtigt, den Turbinen- und den konventionellen Kraftwerkbau zusammenzulegen. Der zukunftssträchtige und umsatzstarke Reaktorbau sollte frühestens 1978 mit in das Unternehmen einbezogen werden.

Da aber die Zusammenarbeit „besser als erwartet lief“ (AEG-Chef Hans Groebe) und da in Bonn die Verabschiedung eines Kartellgesetzes absehbar war, das Zusammenschlüsse von Großunternehmen einem Kontrollverfahren unterwerfen sollte, veränderten die Konzernstrategen rasch ihre Pläne: Siemens trennte sich vorzeitig von seinem atomaren Lizenzpartner, dem US-Elektro-Unternehmen Westinghouse,



AEG-Kernkraftwerk Lingen: Grüße vom Kartellamt

und AEG löste ihre Partnerschaft zum US-Konzern General Electric auf, der knapp elf Prozent der AEG-Aktien hält.

Anfang April, zweieinhalb Monate vor der letzten Kartellgesetzlesung im Bundestag, schlossen die beiden Aktionäre dann mit der KWU einen sogenannten Betriebsüberlassungsvertrag, wonach Mitarbeiter und Anlagevermögen der kerntechnischen Abteilungen, so AEG-Forschungs-Vorstand Horst Nasko, „sozusagen pachtweise der KWU überlassen wurden“. KWU-Chef Barthelt: „Nach außen bildeten wir seit April faktisch eine Einheit.“

Die Berliner Beamten fanden somit die Fusion bereits vollzogen, bevor sie sich um deren Einzelheiten kümmern konnten. Für Kurt Markert, Leiter der siebten Beschlußabteilung des Kartellamtes, „war eigentlich nicht mehr viel zu prüfen“. Denn, so KWU-Chef Barthelt, „seit Juli hatten wir auch keine zusätzli-

chen Aufträge mehr“ — also keine zusätzliche Macht.

An der Auftragslage der KWU hätte sich auch nicht viel ändern können. Von den 21 Aufträgen, die mittlerweile in der Bundesrepublik zum Bau von Kernkraftwerken vergeben wurden, fiel nur ein einziger an einen Konkurrenten — an die von dem Maschinenbau-Unternehmen Babcock und der Elektrofirma Brown, Boveri & Cie (BBC) gegründete Tochtergesellschaft BBR, die 1978 erst ihr Nuklear-Entree mit einem 1200-Megawatt-Werk in Kärlich bei Mülheim feiern wird.

Alle acht bisher in Westdeutschland arbeitenden Kernreaktoren — so die erst im vergangenen Jahr fertiggestellten Großanlagen in Stade an der Elbe und in Würzgassen an der Weser — wurden entweder von AEG und Siemens direkt oder indirekt über die KWU errichtet.

Für KWU-Chef Barthelt ist es deshalb „nicht sehr sympathisch“, über Marktanteile zu sprechen. Zur Entlastung verweist der Manager entweder auf den Bereich konventioneller Kraftwerksfertigung (KWU-Marktanteil: 50 Prozent), bei dem „BBC und MAN ganz groß im Rennen sind“, oder er ordnet seine künftige Macht internationalen Größenordnungen unter: Die US-Konzerne Westinghouse und General Electric seien „jeder ungefähr dreimal so groß“. Aber, so Nasko: „Wir wollen die dritte Position in der Welt.“

In Deutschland wird deshalb kein Stromversorgungsunternehmen, das Kernkraftwerke plant, an der Marktmacht KWU vorbeikommen und deshalb gleichermaßen

die Kassen von Siemens und AEG füllen.

Bislang zwar sind die acht deutschen Kernkraftwerke an der gesamten Energieerzeugung in der Bundesrepublik nur mit einem Prozent beteiligt, bis 1980 aber wird mit einem Anteil von 20 Prozent gerechnet. In den kommenden zwölf Jahren sollen deshalb bereits 32 Kernreaktoren angelaufen sein — und die KWU wird bereits von 1975 an jährlich sechs Atommeiler bauen können.

Eine so schöne Marktlage ist nach Meinung der Atom-Manager dem gegenwärtigen Energiedebakel durchaus angemessen: „Auf diese Fusion“, so AEG-Chef Groebe, „haben wir in Bonn nur positive Echos erhalten.“ Und sein Forschungskollege Nasko ergänzt: „Selbst von der Kundschaft — denn die KWU bedeutet, daß wir wenigstens im Nuklearbereich in keine arabische Situation geraten.“